

BUNDESSOZIALGERICHT



Beschluss in dem Rechtsstreit

Az: B 2 U 286/05 B

.....,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

Prozessbevollmächtigte:

.....

g e g e n

Verwaltungs-Berufsgenossenschaft,
Deelbögenkamp 4, 22297 Hamburg,

Beklagte und Beschwerdegegnerin.

Der 2. Senat des Bundessozialgerichts hat am 6. Januar 2006 durch den
Richter M ü t z e als Vorsitzenden sowie die Richter K r u s c h i n s k y
und Dr. B e c k e r
beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil
des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 26. April 2005 wird als
unzulässig verworfen.

Kosten sind nicht zu erstatten.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

G r ü n d e :

- 1 Die gegen die Nichtzulassung der Revision in der angefochtenen Entscheidung des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (LSG) gerichtete Beschwerde der Klägerin, die auf die Zulassungsgründe der grundsätzlichen Bedeutung und des Verfahrensmangels gestützt wird, ist unzulässig. Die dazu gegebene Begründung entspricht nicht der in § 160 Abs 2 und § 160a Abs 2 Satz 3 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) festgelegten Form. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) erfordern diese Vorschriften, dass der Zulassungsgrund schlüssig dargetan wird (vgl BSG SozR 1500 § 160a Nr 34, 47 und 58; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 4. Aufl, 2005, RdNr 177 ff mwN). Diesen Anforderungen an die Begründung hat die Klägerin nicht hinreichend Rechnung getragen.
- 2 Nach § 160 Abs 2 Nr 1 SGG ist die Revision zuzulassen, wenn die Sache grundsätzliche Bedeutung hat. In der Beschwerdebegründung muss nach § 160a Abs 2 Satz 3 SGG diese grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache aufgezeigt werden. Hierzu ist zunächst darzulegen, welcher bestimmten abstrakten Rechtsfrage grundsätzliche Bedeutung beigemessen wird (BSG SozR 1500 § 160a Nr 11) und dass diese Rechtsfrage klärungsbedürftig und klärungsfähig ist (BSG SozR 3-1500 § 160 Nr 1; BSG SozR 3-1500 § 160a Nr 16). Die Klärungsbedürftigkeit ist ua dann zu verneinen, wenn die Rechtsfrage bereits höchstrichterlich beantwortet ist (BSG SozR 1500 § 160 Nr 51; BSG SozR 1500 § 160a Nr 13 und 65). Ist die aufgeworfene Rechtsfrage durch das Revisionsgericht bereits entschieden, kommt die erneute Zulassung der Revision in Betracht, wenn dieser Beurteilung der Rechtsprechung oder Literatur in nicht nur geringem Umfang und mit beachtlichen Gründen widersprochen wird oder wenn sich völlig neue Gesichtspunkte ergeben, die früher nicht erwogen wurden und geeignet sind, eine andere Beurteilung der Rechtsfrage nahe zu legen (BSG, Beschluss vom 31. August 2004 - B 2 U 103/04 B -; Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 8. Aufl, 2005, § 160, RdNr 7a mwN; Krasney/Udsching, aaO; IX, RdNr 65 mwN).
- 3 Die Klägerin misst folgenden Fragen grundsätzliche Bedeutung bei:
 - "Steht das nach Auffassung des BSG der Vertreterversammlung eingeräumte Ermessen bei der Gefahrtariffbildung dazu, ob abgrenzbare Teile aus Unternehmen in einer gesonderten Gefahrtariffstelle zusammengefasst werden, in Einklang mit Art. 3 Abs. 1 GG, Art. 20 Abs. 2 GG (Rechtsstaatprinzip, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz), Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG (Berufsausübungsfreiheit), Art. 14 Abs. 1 S. 1, S. 2 SGG (Eigentumsschutz), Art. 2 Abs. 1 GG (allgemeine Handlungsfreiheit)?"
 - "Ob (im Anschluss an die Veröffentlichungen von Papier-Möller, 'Die Rolle des Solidarausgleichs in der gesetzlichen Unfallversicherung'; NZS 1998, 359 und 'Verfassungsrechtliche Fragen der Festsetzung der Beiträge in der Unfallversicherung', SGB 1998, 337) § 157 Abs. 2 S. 1 SGB VII verfassungswidrig ist, weil die Kriterien, nach denen die Unfallversicherungsträger Gefahrtariffstellen zu bilden haben, gesetzlich nicht näher bestimmt, sondern der Vertreterversammlung als Schöpferin des Gefahrtariffes überlassen sind?"



- 4 Hinsichtlich beider Rechtsfragen hat die Klägerin insbesondere die Klärungsbedürftigkeit nicht schlüssig dargestellt. Die zitierten Fragen hat der Senat in seinen Urteilen vom 24. Juni 2003 (B 2 U 21/02 R - BSGE 91, 128 = SozR 4-2700 § 157 Nr 1) sowie vom 24. Februar 2004 (B 2 U 31/03 R - BSGE 92, 190 = SozR 4-2700 § 152 Nr 1) dahin entschieden, dass der Gefahrtarif 1998 der Beklagten und die Rechtsgrundlagen, auf denen er beruht, verfassungsgemäß sind. Dass diese Rechtsfragen wieder klärungsbedürftig geworden sind, hat die Klägerin versäumt darzustellen, so dass sich die Notwendigkeit einer erneuten Revisionsentscheidung nicht erschließt. Allein der Hinweis auf die im Verfahren der Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Senats vom 24. Juni 2003 (aaO) vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) der Beklagten sowie der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat und dem Bundesministerium der Justiz vorgelegten Fragenkataloge und die Behauptung, dies zeige, dass das BVerfG offensichtlich eine andere Auffassung als das BSG vertrete, reicht insoweit nicht aus. Zu welcher Entscheidung das BVerfG hinsichtlich der genannten Verfassungsbeschwerde kommen wird, bleibt abzuwarten.
- 5 Soweit die Klägerin Verfahrensmängel des landessozialgerichtlichen Verfahrens rügt, ist die Beschwerde ebenfalls nicht zulässig. Nach § 160 Abs 2 Nr 3 SGG ist die Revision nur zuzulassen, wenn ein Verfahrensmangel geltend gemacht wird, auf dem die angefochtene Entscheidung beruhen kann; der geltend gemachte Verfahrensmangel kann auf eine Verletzung des § 103 SGG (Aufklärung des Sachverhalts von Amts wegen) nur gestützt werden, wenn er sich auf einen Beweisantrag bezieht, dem das LSG ohne hinreichende Begründung nicht gefolgt ist. Ohne hinreichende Begründung ist des § 160 Abs 2 Nr 3 Halbs 2 SGG bedeutet hier, dass die Revision zuzulassen ist, wenn das LSG sich hätte gedrängt fühlen müssen, den beantragten Beweis zu erheben (BSG SozR 1500 § 160 Nr 5). Zur Begründung eines solchen Verfahrensfehlers ist die schlüssige Darlegung des Beschwerdeführers erforderlich, inwiefern nach dem vom LSG festgestellten Sachverhalt und den dem LSG vorliegenden Beweismitteln Fragen zu tatsächlichen, entscheidungserheblichen Umständen aus der rechtlichen Sicht des LSG erkennbar offengeblieben sind und damit zu einer weiteren Aufklärung des Sachverhalts zwingende Veranlassung bestanden hat (BSG SozR 1500 § 160a Nr 34; Beschluss des Senats vom 14. Dezember 1999 - B 2 U 311/99 B - mwN).
- 6 Die Klägerin rügt, dass das LSG ihre mit Schriftsätzen vom 28. Dezember 2004 und 7. April 2005 gestellten Beweisanträge, die sie in der mündlichen Verhandlung wiederholt habe, zurückgewiesen bzw nicht berücksichtigt habe. Die Klägerin legt jedoch in ihrer Beschwerdebegründung hinsichtlich der insgesamt fünf Anträge, die zum Teil mehrere Unterpunkte enthielten bzw hilfsweise gestellt waren und für die zum Teil mehrere Beweismittel benannt wurden, nicht im Einzelnen dar, wieso das LSG sich - aus seiner Sicht - hätte gedrängt sehen müssen, ihnen nachzukommen. Die Klägerin setzt sich vielmehr nur allgemein mit der Ablehnung weiterer Beweiserhebungen durch das LSG auseinander. Dies ersetzt aber keine Begründung hinsichtlich der verschiedenen Beweisanträge, auf die die Klägerin sich bezieht. Die Notwendigkeit entspre-



chender Darlegungen belegt zB eindrucksvoll der Antrag auf S 7 Mitte der Beschwerdebegründung "Einholung eines Sachverständigengutachtens durch Befragung der Zeitarbeitsunternehmen", hinsichtlich dessen nicht erläutert wird, wieso eine Befragung jedes der mehreren tausend sog Zeitarbeitsunternehmen in Deutschland erforderlich sein soll.

- 7 Die Beschwerde der Klägerin ist daher als unzulässig zu verwerfen (§ 160a Abs 4 Satz 2 Halbs 2 iVm § 169 SGG).
- 8 Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 Abs 1 und 4 SGG in der bis zum 1. Januar 2002 geltenden und hier noch anzuwendenden Fassung (vgl BSG SozR 3-2500 § 116 Nr 24).

